

Reinhard Dobrinski (Hrsg.)

Berlin, Oktober 2010

Zeittafel 1989/90

Es erscheint uns geboten, neben den seit 20 Jahren sattsam bekannten Markierungen des Niedergangs der SED-Diktatur im Jahre 1989, unseren Besuchern auch weniger bekannte Quellen zugänglich zu machen. Besonders wichtig erscheinen uns die frühzeitigen Maßnahmen der SED-/MfS-Eliten zur Sicherung des Zugriffs auf das Volkseigentum.

31. Dez. 1988/

1. Januar 1989 Neues Deutschland, Neujahrswünsche Erich Honeckers: „Zu Recht sind wir stolz darauf, daß unsere Forscherkollektive in diesem Jahr die ersten 1-Megabitschaltkreise hergestellt haben und die Technologie für die Produktion dieser den Weltstand entsprechenden Erzeugnisse entwickelten.“

15. August Neues Deutschland: Spitzenleistung im Wettbewerb zum 40. Jahrestag der DDR.
Erich Honecker dankt für große Leistungen bei der Schaffung von 32-bit-Mikroprozessoren. Unter dem Eindruck dieser wissenschaftlich-technischen Spitzenleistung begeistert er „sein“ Volk mit Erkenntnissen aus der Arbeiterbewegung:
„Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“

16. August Neues Deutschland berichtet über Internationale Presse/DPA-Meldung zum Treffen Erich Honeckers mit Erfurter Mikroelektronikern:

9./10. Sept. Neues Deutschland: Vernunft gewann Oberhand – ständige Vertretung verlassen. Sie kehren in ihre Heimatorte zurück

11. Sept. vor der Leipziger Nikolaikirche werden nach dem Friedensgebet etwa 100 Teilnehmer festgenommen

11. Sept. der Außenminister Ungarns Horn veranlaßt die Grenzöffnung nach Österreich (Meldung des Österreichischen Rundfunks)

25. Sept. im Anschluß an das Montagsgebet sammeln sich 5000 Demonstranten auf dem Leipziger Altstadttring; Forderungen nach Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit werden erhoben

2. Oktober die Leipziger Montagsdemonstration erreicht mit mehr als 20000 Teilnehmern die bisher höchste Beteiligung

7. Oktober Der 40ste Jahrestag der DDR - die letzten Ordensverleihungen, bestellter Jubel, Säbelrasseln, brutale Gewalt gegen Demonstranten
9. Oktober Neues Deutschland titelt: „Störungen der Volksfeste verhindert“
27. Oktober Beschluß des Staatsrates der DDR über eine Amnestie für Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts, zur widerrechtlichen Durchsetzung von Ausreisen und gegen die staatliche und öffentliche Ordnung
Veröffentlichung: GBl. I Nr. 20 S. 237
30. Oktober Neues Deutschland: Entschuldigung des Polizeipräsidenten über Zugriffe am 7./8. Oktober in Berlin
Oberbürgermeister Erhard Krack schlägt einen Untersuchungsausschuß vor
dazu: 9., 18. November
6. November Kommuniqué über die Sitzung des MfS-Kollegiums soll Veränderungen dokumentieren: „Das schließt Maßnahmen gegen Andersdenkende aus.“
7. November der Ministerrat der DDR tritt geschlossen zurück; die bisherigen Minister üben ihre Ämter bis zur Benennung der Nachfolger aus
8. November 10. Tagung des ZK der SED: Stundenlanges Referat von Egon Krenz
9. November Egon Krenz empfängt den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau

Günter Schabowskis Lapsus auf einer Pressekonferenz zur Reisefreiheit für DDR-Bürger löst einen Ansturm auf Grenzübergänge und deren Öffnung in den Nachtstunden aus

Aus dem „Zeitweiligen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Anliegen von Bürgern im Zusammenhang mit den Ereignissen am 7./8. Oktober in der Hauptstadt“ ziehen sich Marianne Birthler und zwei weitere Mitglieder zurück, nachdem der Oberstleutnant Manfred Kriesten und der Oberst Hartmut Preiß ausgeschlossen, aber Prof. Dr. Wolfgang Surkau, VP-Hochschule, mit Stimmenmehrheit als Ausschußmitglied bestätigt wurde.

Die Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Leni Zielske berichtet von zahlreichen Anrufen, die die Forderung von Frau Birthler nach Ausschluß der VP-Angehörigen abgewiesen sehen wollen.

Als Stellvertreter der Vorsitzenden wurden Dr. Friedrich Wolff, Rechtsanwalt, und Daniela Dahn, Schriftstellerin, gewählt.

Der Generalstaatsanwalt (Ostberlin) Dr. Dieter Simon berichtet, daß bis zum Vortag 113 Anzeigen gegen acht VP-Angehörige eingegangen seien. Seine Ausführungen werden mit Kritik belegt und eine sorgfältigere Vorbereitung zur nächsten Zusammenkunft angemahnt.

12. November SED-Politbüro schlägt Einberufung eines außerordentlichen Parteitages vor
13. November Hans Modrow wird von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt

Mielke-Auftritt in Volkskammer mit dem bekannten Ausspruch: „Ich ... liebe Euch doch alle.“

14. November Brief der SED-Kreisleitung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an den Präsidenten der Volkskammer der DDR, Herrn Dr. Günter Maleuda:
„Werter Herr Präsident!

...

Ich möchte Sie darüber informieren, daß Armeegeneral Erich Mielke nach einer Ausspreche im Kollegium seine Ausführungen vor der Volkskammer bedauert.“

gez. H. Felber, 1. Sekretär der PO

Zitat aus der dem Präsidenten überreichten Erklärung:

„Mit Betroffenheit und Befremden haben die Mitarbeiter des MfS (abgek.) das Auftreten des amtierenden Ministers, Armeegeneral M i e l k e , vor der Volkskammer am 13. November zur Kenntnis genommen ...“

Zitat aus dem Brief der SED-Kreisleitung des MfS unter gleichem Datum an die PO/GO, 1. Sekretär/Sekretär

„Liebe Genossen!

Mit tiefer Bestürzung haben wir das Auftreten des Genossen Erich Mielke vor der Volkskammer am gestrigen Abend zur Kenntnis genommen.

Das Sekretariat der Kreisleitung hat ... sich von diesen Ausführungen des Genossen Mielke vor dem höchsten Organ des Volkes distanziert.“

gez. H. Felber, 1. Sekretär

Anmerkung: im Innenverhältnis greift die „Meuterei“; die seit Jahrzehnten gepflegte Titulierung „Genosse Minister“ wird fallengelassen (dazu 18.11.). (BStU, HA IX 647/81; Fin 1397, 88)

15. November Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit
„Am 17. November wird der Vorsitzende des Ministerrates ..., Genosse Hans Modrow, in seiner Regierungserklärung ... einen Vorschlag zur grundsätzlichen Neubestimmung der Aufgaben und zur Reorganisation des Ministerrates ... unterbreiten.

Bezogen auf das MfS (abgek.) wird vorgeschlagen, dafür ein Amt für Nationale Sicherheit ... zu schaffen. ...

Dieser Prozeß muß schrittweise vollzogen werden. Dabei gilt es, alle Angriffe des Gegners und innerer Feinde, vor allem auch gegen das MfS und seine Mitarbeiter, zu vereiteln. ...

Bis zum Erlaß dieses neuen Gesetzes geht es vor allem darum,

...

- alle Möglichkeiten zu nutzen, um das inoffizielle Netz im Operationsgebiet und in der DDR zu sichern und das Vertrauen in die Zusammenarbeit zu erhalten und Wieder zu festigen. ...

Wir appellieren an jeden, sich der Verpflichtung, die mit der Tätigkeit in unserem Ministerium verbunden war, stets bewußt zu sein. (Hervorh.: R.D.)

... wir alle haben als Kommunisten ein Höchstmaß an an Verständnis für die politisch notwendigen Entscheidungen aufzubringen. Der Prozeß der revolutionären Erneuerung verlangt verantwortungsbewußtes Denken und Handeln im Interesse der Gesamtentwicklung der sozialistischen Gesellschaft in unserem Land.“

(BStU, Fin 619, Pag. 38-40, 46, 47)

17. November Regierungserklärung von Hans Modrow vor der Volkskammer
- Volkskammerbeschluß über die Umwandlung des Ministeriums für Staatssicherheit in ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS)
18. November - Entlassungsgespräch mit Genossen Erich Mielke und Einstellung der Zahlung der Dienstbezüge; Zahlung von Übergangsgebühren und Treuegeld für 44. Dienstjahre. (Vermerk 24.11. gez. Schwanitz)
Rentenleistungen des Genossen Minister: 6.277,- M
(BStU, Fin 1401, 1/2)
- Generalstaatsanwalt Günter Wendland berichtet an die Volkskammer, dass gegen 33 Mitarbeiter der Sicherheitsorgane wegen der Übergriffe am 7. Oktober ermittelt werde
 - Der Schwarzmarktkurs DM : M liegt bei 1 : 20 (Tagesspiegel: 18.11.09)
21. November Hans Modrow vollzieht die Amtseinführung von Wolfgang Schwanitz als Leiter des AfNS und stellt u. a. die Aufgabe:
Das AfNS habe unter den Bedingungen der offenen Grenze daran mitzuwirken, daß die DDR „nicht für jeden ein offener Schrank“ sei.
24. November Interview des ND-Chefredakteurs Wolfgang Spickermann mit Egon Krenz: Krenz verweist u. a. auf Politbüro-Beschlüsse zur Einberufung eines Runden Tisches, die Notwendigkeit umfassender Verfassungsänderungen über Artikel 1 hinaus ...
24. November Neues Deutschland: Neues Forum gegen Mißbrauch der offenen Grenze „Beteiligt Euch nicht am Ausverkauf unseres Landes“
1. Dezember Gesetz über die Änderung der Verfassung der DDR: Die SED gibt den in Artikel 1 Abs. 1 verankerten Führungsanspruch auf (GBI. I)
- Der Vorsitzende des Ausschusses der Volkskammer zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption Dr. Heinrich Toeplitz (CDU) legte erste Ergebnisse vor
3. Dezember Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED auf dem 12. Plenum
Rücktritt des Ministerrates der DDR
- 2./3. Dezember Alexander Schalck-Golodkowski entzieht sich seiner drohenden Verhaftung durch „Republikflucht“ – sein Golddepot mit 21,2 t Gold bleibt zurück
4. Dezember Die Pressestelle des Generalstaatsanwalts der DDR teilt mit: Schalck-Golodkowski seiner Ämter enthoben und Fahndung eingeleitet
4. Dezember Wolfgang Schnur tritt an der Spitze von Bürgerkomiteevertretern an Wolfgang Schwanitz heran mit dem Angebot (!) einer Sicherheitspartnerschaft .

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Rolf Scheffel berichtet gleichen Tages den Teilnehmern der Kreisleitungssitzung:

„Heute hat eine Delegation eines Bürgerkomitees der unterschiedlichsten Gruppen unter Leitung des Rechtsanwalts Schnur den Leiter des Amtes aufgesucht und dort ebenfalls einen bestimmten Forderungskatalog aufgestellt. Das hat aber auch eine positive Richtung. Die Herren, die dort Genossen Schwanitz aufgesucht haben, haben gebeten, eine Sicherheitspartnerschaft einzugehen und das auch öffentlich zu machen, um Übergriffe und Zuspitzungen, bezogen auf die Ämter in den Kreisen und Bezirken, oder bei anderen bewaffneten Organen möglichst auszuschließen.

Vom Genossen Schwanitz wurde ein diesbezügliches Telegramm an die Bezirksämter geschickt und auch bestimmte Materialien dieser Gruppe, die heute hier war, an die Presse übergeben.

Genossen, Ihr wißt, daß die Lage auch anderweitig für das Amt sehr kompliziert ist. Einen zweiten Fall Schalck-Golodkowski darf es nicht geben. Davon ist nicht nur die Glaubwürdigkeit der Erneuerungsbemühungen im AfNS (abgek.), nicht nur die Unversehrtheit seiner dienstlichen Einrichtungen, davon ist die Existenz des AfNS abhängig.“

Es werden Zweifel geäußert, daß der Umgestaltungsprozeß im AfNS mit der notwendigen Konsequenz betrieben werde, Leiter am bisher Gewohnten festhalten wollen, die Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption auch im Amt erfolgen müsse, im Untersuchungsausschuß zu den Vorkommnissen des 7. Oktober keine überzeugende Haltung eingenommen und dadurch verhindert werde, daß die Angriffe gegen das Amt einmal abklingen ... Die Kreisleitung nimmt von ihrem Rücktrittsbeschluß Abstand, da nicht nur die Existenz des Amtes, sondern auch die Existenz des Sozialismus bedroht sei. Den Delegierten zum Sonderparteitag der SED wird aufgetragen:

„Versicherung an die Delegierten des Parteitages, daß Garantien geschaffen werden, die verhindern, daß jemals wieder die Politik über das Recht gestellt wird.“ (BStU, Fin 1397, 17 ff.)

5. Dezember Telegramm Wolfgang Schwanitz an alle BÄfNS-, KÄfNS-Leiter:
„In den letzten Stunden hat sich die Lage weiter zugespitzt. Vor allem der Druck auf das AfNS und alle seine Dienststellen hat zugenommen. In fast allen BÄfNS und KÄfNS haben Bürger versucht, in die Gebäude und Räume einzudringen, um die Vernichtung und den Transport von Dokumenten zu verhindern. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mein Schreiben vom 4.12.1989, in dem ich jegliche Vernichtung und jeglichen Transport von Dokumenten und Unterlagen untersagt habe.

In einigen Dienststellen des AfNS mußte auf die Forderungen nach Betreten und Besichtigen sowie damit im Zusammenhang auf Versiegelung von Räumen und Panzerschränken eingegangen werden.

Einige Gebäude des AfNS werden bereits von Angehörigen der VP sowie Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegungen bewacht. Gleichzeitig erfolgt eine Kontrolle der Personen und Fahrzeugbewegung. ...“ a.a.O, 14

5. Dezember Ministerium der Finanzen und Preise, Der Minister, Uta Nickel, richtet Schreiben an Leiter des AfNS Dr. Wolfgang Schwanitz (Fin 2562, 2683, 21)

6. Dezember Wolfgang Schwanitz richtet FS und Schreiben an Leiter der Dienstseinheiten:
- „1. Es ist damit zu rechnen, daß autorisierte Kontrollgruppen, bestehend aus Vertretern staatlicher Organe sowie von Bürgerrechtsbewegungen, gebildet und in den BÄfS... Arbeits- und Kontrollmöglichkeiten erhalten werden.
Können unter Ausschöpfung aller dazu geeigneten Möglichkeiten, einschließlich unter Bezugnahme auf mein heutiges Fernschreiben zum Geheimnisschutz, das offiziell verwendet werden kann, die Forderungen dieser Kontrollgruppen nicht abgewiesen werden, sind die Öffnung von Räumen und Schränken sowie die Einsichtnahme in Dokumenten und Unterlagen zu ermöglichen.
2. ...
Es ist zu sichern, daß keine Aufzeichnungen angefertigt bzw. keine Dokumente mitgenommen werden. ...
3. In jedem Fall ist die Einsichtnahme in geheime Dokumente und Materialien zu verhindern wie:
- IM/GMS-Unterlagen
 - Grundlagendokumente ... zum Befehl Nr. 11/79 ...
 - OV, OPK ...
4. Es ist die Bereitschaft zu zeigen und gegebenenfalls kontrollfähige Vereinbarungen zu treffen, daß jene Unterlagen und Karteien vernichtet werden, die ,Überwachungsmaßnahmen des ehem. MfS' enthalten. Auch damit ist zu **demonstrieren**, (hervorgeh.: R. D.), daß diese Maßnahmen vom AfNS nicht fortgesetzt werden.“ (BStU, Fin 1397, 12)
Anmerkung R. D.: Begriffsschöpfung „autorisierte Kontrollgruppen“
7. Dezember Konstituierung des Zentralen Runden Tisches in Berlin
- 9./10. Dezember Neues Deutschland teilt unter Berufung auf Generalstaatsanwalt mit: Ermittlungsverfahren gegen Erich Honecker und Politbüro-Mitglieder
14. Dezember Beschlußvorlage im Ministerrat der DDR, Tagesordnungspunkt 19 a, über die Bildung eines Nachrichtendienstes der DDR und eines Amtes für Verfassungsschutz (BStU, Fin 1397, 75 ff.)
14. Dezember Wolfgang Schwanitz an Dienstseinheiten, Leiter
Information über vorgenannten Beschluß des Ministerrates
„Gen. Generalleutnant Großmann wurde mit der Bildung des Auslandsnachrichtendienstes der DDR beauftragt und Gen. Generalmajor Engelhardt mit der Bildung des Verfassungsschutzes der DDR.“ (BStU, Fin 1397, 4)
14. Dezember Beschluß des Ministerrates der DDR 6 / I. 8 / 89 über den Verkauf von Einfamilienhäusern, die sich in Rechtsträgerschaft der ehem. Versorgungseinrichtung des Ministerrates (VEM) befinden gez. H. Modrow
Unter „Wohnobjekte Berlin-Pankow“ sind 63 SED-Spitzenfunktionäre/
Veteranen wie Egon Krenz und Hilde Benjamin aufgeführt
Vermerk auf dem Deckblatt:
Dieser Beschluß ist nach der Realisierung zu vernichten;
die Archivierung erfolgt durch den Herausgeber

Anmerkung:

Mit diesem Beschluß sicherte sich die SED-Nomenklatura den Zugriff auf das Volkseigentum; das MfS/AfNS stieß Häuser und Ferienobjekte, häufig bei Finanzierung durch die MfS-eigene Sparkasse, in Eigenmacht ab.

Eine gesetzliche Regelung, die zugleich den Verkauf von Grund und Boden im „Eigentum des Volkes“ eröffnete, folgte erst am 6.3.1990 (das sogenannte Modrow-Gesetz)

1990

5. Februar Wirtschaftskommission des Neuen Forums schreibt unter Hinweis auf die Unterwanderung des Komitees zur Auflösung des MfS an den Präsidenten der Treuhandanstalt Detlev Rohwedder und bittet um Überprüfung des THA-Personals auf eine mögliche MfS-Vergangenheit (Archiv: FORUM)
15. Februar Versiegelung der Haupt- und Valutakasse des MfS im Keller des Gebäudes 41 durch die Staatliche Finanzrevision - protokollierte Bestände:
Bargeld, VM: 1.807.862,22; Scheckbestände, VM: 114.950,38
(BStU, Fin 2444, 2)
1. März Beschluß des Ministerrates über die Treuhandanstalt, GBl. I Nr. 14 1990
18. März Die ersten freien Wahlen in der DDR
- | | | | |
|-------------------------------------|-----------------|---------|-------------|
| Wahlberechtigte: | 12 426 192 | | |
| Abgegebene Stimmen/Wahlbeteiligung: | 11 604 180 | 93,38 % | |
| | Gültige Stimmen | | Abgeordnete |
| | Anzahl | % | |
| CDU | 4 710 552 | 40,82 | 163 |
| SPD | 2 525 473 | 21,88 | 88 |
| PDS | 1 892 329 | 16,40 | 66 |
| DSU | 727 716 | 6,31 | 25 |
| Bündnis 90 - NEUES FORUM ... | 336 064 | 2,91 | 12 |
| ... | | | |
| insgesamt: | | | 400 |
- (Stat. Jahrbuch der DDR '90, S. 449)
18. Mai Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion durch die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg
GBl. I Nr. 34; BGBl. I Nr. 20 S. 537 ff.
Anlage III Abschn. II hebt politische Strafnormen des StGB(DDR) auf
- Juni Redaktionsschluß für das (letzte) Statistische Jahrbuch 1990
Unterdrückt werden Angaben zu „Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, die Menschlichkeit und die Menschenrechte“ und „Verbrechen gegen die DDR“.
Erstmals erfolgen Angaben zu „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“ und die seit 1963 unterdrückten Angaben zu Suiziden in der DDR werden für die Jahre 1980-1989 ausgewiesen
15. Juni Gemeinsame Erklärung der Regierungen der DDR (abgek.) und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung offener Vermögensfragen (wird Bestandteil des Einigungsvertrages, Anlage III)

17. Juni Gesetz über die Bildung der Treuhandanstalt, GBl. I Nr. 33 S. 300
(Aufhebung des Ministerratsbeschlusses vom 1.3.1990 über die Treuhandanstalt, GBl. I Nr. 14, und Folgegesetze)
29. Juni Die Staatsbank der DDR einverleibt sich das Schalck-Golodkowski-Gold, insgesamt 21,2 t, gegen Zahlung von 429 Mio. M der DDR (!!!). Der Bericht der mit der Prüfung der Mark-Schlußbilanz beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft suggeriert einen Kauf !
29. Juni Gesetz über die Staatsbank Berlin (Rechtsnachfolger der Staatsbank der DDR), GBl. I Nr. 38 S. 504
Das von der Staatsbank einverleibte Gold erscheint dort in der DM-Eröffnungsbilanz per 1.7.1990
29. Juni Gesetz zur Feststellung von rechtswidrigen Handlungen mit Wirkung auf die Währungsumstellung von Mark der DDR (abgek.) in Deutsche Mark, GBl. I Nr. 38 S. 501
22. Juli Ländereinführungsgesetz, GBl. I Nr. 51 S. 955
31. August Vertragsunterzeichnung zwischen der DDR und der BR Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag -
Unterzeichner: Günther Krause und Wolfgang Schäuble
(GBl. 1990 I Nr. 64 S. 1629; BGBl. 1990 II S. 885)